

**POSTULAT** von Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Marc Bourgeois (FDP, Zürich) und Alex Gantner (FDP, Maur)

betreffend Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Staatsstrassen

---

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie die Infrastruktur entlang der und der Raum um die Staatsstrassen im Kanton Zürich zeitnah zur Energiegewinnung mittels nichtgebäudegebundener Photovoltaikanlagen genutzt werden kann. Wir denken insbesondere an Böschungen, Lärmschutzwände, Überdachungen und Einhausungen.

Im Übrigen wird er gebeten zu prüfen, wer diese Anlagen rasch erstellen und betreiben kann und wie eine allenfalls erforderliche (Teil-) Finanzierung optimalerweise erfolgen könnte, zum Beispiel mittels eines eigenen, befristeten Rahmenkredits oder auf der Basis von Energiegesetz § 16. Ebenso sind allenfalls zu schaffende planungsrechtliche Voraussetzungen aufzuzeigen.

Begründung:

Die Notwendigkeit des raschen Ausbaus von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dafür bieten sich auch nichtgebäudegebundene Anlagen an. Vielen nichtgebäudegebundene Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien stehen jedoch im Konflikt mit dem Landschaftsschutz oder weiteren Aspekten des Umweltschutzes, was zu Einsprachen und langwierigen Verfahren führt. Entlang von Verkehrsträgern, wo bereits ohnehin schon erhebliche Eingriffe in die Umwelt bestehen, stellt sich dieses Problem nur in reduziertem Ausmass. Auch deshalb hat der Bundesrat eine Solar-Offensive entlang der Nationalstrassen lanciert.

Aber auch Staatsstrassen bieten sich teilweise zur Stromerzeugung an, zumal solche Anlagen keine weiteren Eingriffe in die Landschaft bedingen. Deshalb ist zu prüfen, wie hoch im Kanton Zürich das Potential für Photovoltaikanlagen entlang von Staatsstrassen ist (die Infrar-Studie von 2021 beziffert das Potential mit 1250 GWh, wobei ein markanter Teil auch auf Parkplätze entfällt), wo diese Potentiale liegen, wie sie ausgeschöpft werden könnten und ob der Kanton dafür ähnliche Möglichkeiten wie der Bund oder andere Realisierungsmodelle anbieten soll.

Barbara Franzen  
Marc Bourgeois  
Alex Gantner